

Ratsmitglied Vach erläutert kurz seinen Antrag. Grundgedanke ist, dass alle Fraktionen über die Arbeit in den verschiedenen Gremien gleich informiert sein sollten.

Verwaltungsseitig wird vorgeschlagen, diesem Antrag nicht zu folgen, da zum einen inhaltlich kein Handlungsbedarf gesehen wird, zum anderen formale Gründe dagegen sprechen. Diese werden von Herrn Lübken vorgetragen. Aus dem kommunalen Verfassungsrecht ergibt sich sowohl das Informationsrecht des Rates als auch die Pflicht der Verwaltung, unaufgefordert über wichtige Angelegenheiten zu berichten.

Am Ende der folgenden Diskussion wird ein Konsens gefunden. Herr Vach zieht den Antrag der UWG-Fraktion vom 9. April 2006 zurück.

Beschluss:	<small>Abstimmungsergebnis</small> einstimmig, eine Enthaltung
Der Rat beschließt die Verwaltung zu beauftragen, alle Institutionen anzuschreiben, in die Vertreter der Gemeinde Marienheide entsandt wurden. Es soll das Einverständnis eingeholt werden, in Zukunft die Einladungen zu den Gremien den Ratsfraktionen zur Kenntnis zu geben.	